



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0696890

P/XIV/66 - 20. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Jetzt das Verhandlungsprogramm des Westens 1 Nach Chruschtschows Pressekonferenz	40
2	Wasser und Kassen passen nicht in westliche Schablonen Warnung vor Fehlspekulationen in Nah-Ost	50
3 - 4	Der Weg einer Klage Informationsdienst "Feinde der Demokratie" gerechtfertigt	65
5	Christlich-soziale "Demontage der Wahrheit" Von Fritz Zschiesche, Referent für Betriebsfragen beim Vorstand der SPD	39
6	Bei der Maria von Ehria Schmelzen - ein gutes Ablenkungsmittel	42

* * * * *
* * * * *

Jetzt das Verhandlungsprogramm des Westens!

G.K. Chruschtschows Pressekonferenz vom Donnerstag hat in der westlichen Welt ein relativ gutes Echo gefunden. Man sagt und schreibt, der sowjetische Ministerpräsident habe einen Ton angeschlagen, der in wohltuendem Gegensatz zu früheren Erklärungen stehe. Auch in der Sache, um die es jetzt geht, seien von Chruschtschow Andeutungen gemacht worden, die erkennen liessen, dass man auch in Moskau Beginne, "flexibel" zu denken.

Gleichzeitig bemüht man sich hier und dort, das "Verdienst" für Chruschtschows Haltung auf ein imaginäres Spekulationskonto zu schreiben. Man sagt etwa, Chruschtschow habe nach den Reden der amerikanischen Generale und besonders des Präsidenten der Vereinigten Staaten begriffen, dass der Westen nicht mit sich spielen lassen werde. Der "harte Kurs" sei eben doch eine gute Sache und man müsse nur so weitermachen, dann werde auch der Krenl Vernunft annehmen.

Auf die Idee, dass Chruschtschow vielleicht nach den Gesprächen, die er in letzter Zeit führen konnte, neue Verhandlungsperspektiven sieht, scheint man noch nicht gekommen zu sein ...

Überlegungen dieser Art erscheinen uns jedoch gegenstandslos. In der jetzigen Situation ist nur wichtig zu wissen, welche Konsequenzen der Westen aus der von ihm selbst günstig beurteilten Pressekonferenz Chruschtschows zieht.

Wir meinen - und das nicht erst seit heute! - der Westen sollte jetzt ernsthaft ein Verhandlungsprogramm ausarbeiten, das als konkreter Gegenvorschlag zu den sowjetischen Vorstössen der jüngsten Zeit in der Deutschlandfrage gelten kann. Chruschtschow hat vor über 300 in- und ausländischen Journalisten noch einmal erklärt, wie gross das Interesse der Sowjetunion an einer friedlichen Lösung der zwischen Ost und West in Europa stehenden Probleme ist. Er hat noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass es ihm auf die Reihenfolge der Konferenzarten nicht unbedingt ankomme und dass er Gegenvorschläge zu seinem Friedensvertrags-Entwurf erwarte.

Dass dieser Mann, wenn der Westen jetzt nicht die Gelegenheit zum Handeln ergreift, auch eine andere Sprache als die seiner letzten Pressekonferenz sprechen kann, dürfte inzwischen hinreichend bekannt sein.

Wir wollen damit noch einmal sagen: Die wechselseitige Aufrechnung von Divisionen und Raketen führt uns nicht aus der tiefen Krise der Ost-West-Beziehungen heraus. Jetzt muss das Verhandlungsprogramm des Westens auf den Tisch gelegt werden!

Nasser und Kassem passen nicht in westliche Schablonen

ED. - Will man Meldungen aus Kairo Glauben schenken, der Staatschef der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, habe in einer geheimen Besprechung mit Kommandeuren seiner Streitkräfte eine mögliche Intervention im Irak in Aussicht gestellt, dann wäre dies der Auftakt zu einer der größten Krisen, die jenes schon klassische Unruhegebiet zwischen Nil und Tigris in den letzten Jahren heimgesucht hätten. Denn ohne Zweifel würde ein offener Kampf zwischen Nasser und Kassem nicht nur für den arabischen Raum weitreichende Konsequenzen nachsichziehen. Es wäre nicht nur die so mühsam gezimmerte relative Stabilität im Nahen Osten bedroht, auch die Großmächte selbst, vor allem die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion könnten, fast gegen ihren Willen, in eine Entwicklung hineingezerrt werden, die mehr als gefährlich wäre.

Die sich überstürzenden Appelle Kairos, das "rote System" in Bagdad hinwegzufegen, entspringen Motiven, die ihrer Natur nach nichts mit Anti-Kommunismus im westlichen Sinne zu tun haben. Die Behauptung, Kassem sei schon seit Jahren ein eingeschriebenes Mitglied der Kommunistischen Partei des Irak, ist allzu durchsichtig, um die neue Linie in Kairo für einen echten Sinneswandel halten zu können. Denn, so muß sich der unbefangene Beobachter fragen, warum rückt man diese "Sensation" erst jetzt an das Tageslicht? Wußten die Verantwortlichen der Vereinigten Arabischen Republik nichts von diesen Neigungen Kassems, als dieser am 14. Juli 1958 das Regime Feisal und Nuri-es Said in Bagdad stürzte? Man kann es einfach nicht glauben, daß Nasser erst jetzt davon erfahren haben soll. Viel näher jedoch liegt die Annahme, die Männer in Kairo seien ehrlich bestürzt, daß im Irak eine Variante des arabischen Nationalismus aufgetaucht ist, die keinesfalls in das Konzept Nassers paßt, will er nicht seinen Anspruch, der alleinige Führer der arabischen Welt zu sein, aufgeben.

Es ist natürlich klar, daß die Sowjetunion sich derartige Konflikte im Lager der arabischen Revolution zunutze machen will. Ebenso aber steht fest, daß auch der Westen in die Ereignisse im Nahen Osten eingreift. Die fast über Nacht entstandene "Nasser-Sympathie" in den USA und den westeuropäischen Ländern spricht Bände, hält man sich vor Augen, wie es noch vor kurzem aus den gleichen Mündern ganz anders tönte, wenn der Name Nasser fiel. Über eines sollte man sich im klaren sein: Weder ist Kassem ein "roter Agent", noch kann Nasser als ein "Anti-Kommunist" im westlichen Sinne angesehen werden. Wir sollten uns endlich mit dem Gedanken vertraut machen, daß Begriffe und Kategorien, die für uns fixierte Aussagen enthalten, im arabischen Raum wenig bedeuten.

Die Entwicklung und das Ausmaß des arabischen Nationalismus sind zu komplex, als daß sie sich in westliche ideologische Alternativen pressen ließen. Die Vereinigte Arabische Republik und die von ihr repräsentierte Form des Nationalismus im Nahen Osten haben ein "legitimes" Interesse zur Expansion. Jeder Ko-Revolutionär, der ihr nicht folgt, wird - auch das ist natürlich - angeprangert. Das heißt aber nicht, daß der Irak und die von ihm möglicherweise ausgehende neue Form der arabischen Revolution "kommunistisch" sind. Sie sind nur anders: sie passen Nasser nicht. Aber sollte uns das dazu verleiten, unsere Nüchternheit bei der Betrachtung solcher Dinge zu verlieren und dort "nasseristisch" zu werden, wo der Westen früher "feisalistisch" oder "chamunistisch" war?

Der Weg einer Klage

W.P. - Im Einklang mit Beschlüssen von zahlreichen Kongressen der Gewerkschaften über die Notwendigkeit der Beobachtung links- und rechtsradikaler Tendenzen in der Bundesrepublik gehen einige Landesbezirke des DGB seit Jahren einen Informationsdienst mit dem Titel "Feinde der Demokratie" - Informationen über anti-demokratische Bestrebungen aus gewerkschaftlicher Sicht heraus. Einer von ihnen enthielt im Jahre 1956 eine Zusammenstellung von Parteien, Vereinigungen, Zeitungen, Nachrichtendiensten und Verlagen, bei denen nach Ansicht der Gewerkschaften anti-demokratische Tendenzen erkennbar sind. Darin wurden auch der "Leopold-Stocker-Verlag" und einige seiner Autoren aufgeführt. Weil er sich durch eine Katalogisierung unter "Feinde der Demokratie" beleidigt fühlte, rief der Verlagsdirektor die Gerichte an. Das Verfahren durchlief mehrere Instanzen, bis es jetzt vor dem Oberlandesgericht München zu einem Vergleich kam.

Der "Leopold-Stocker-Verlag" verpflichtete sich, das Buch von Kubicek "Adolf Hitler - Mein Jugendfreund", desgleichen das Buch von Dr. Heinz Brunner "Gelieben aber ist das Volk - Ein Schicksal für alle" in der Bundesrepublik nicht weiter zu verbreiten. Ferner erklärt der Verlag, daß er seine bisherigen Verbindungen zum "Plesse-Verlag" und "Waldemar-Schütz-Verlag" aufgegeben hat. Auf Grund dieser Erklärungen sieht die Informationsschrift "Feinde der Demokratie" keine Veranlassung mehr, dem Verlag im Hinblick auf seine bisherige Verlagspolitik anti-demokratische Tendenzen (aus gewerkschaftlicher Sicht) vorzuwerfen. Sie behält sich allerdings das Recht vor, Autoren des Verlages auch weiterhin anti-demokratische Tendenzen vorzuwerfen. Der Verlag verzichtet vorbehaltlos auf die Rechte aus dem Urteil des Landgerichtes München vom vorigen Jahr.

Dieses Urteil, das dem Antrag des klagenden Verlages stattgab und "Feinde der Demokratie" verbot, den Verlag in ihren Spalten zu nennen, hatte seinerzeit einiges Aufsehen erregt, weil es den Zeitschriften-Titel "Feinde der Demokratie" als ausschlaggebend für den Tatbestand der Ehrverletzung ansah, nicht dagegen das verbindliche und erklärende Vorwort, in dem die Herausgeber es als ihr Anliegen bezeichneten, zu eigener Urteilsbildung aufzurufen. Das Gericht äußerte zudem die unverständliche Auffassung, als Feind bezeichne man nicht jemand, der eine weltanschaulich entgegengesetzte Meinung vertritt, sondern jemand, der diese gewaltsam durchzusetzen versuche. Keineswegs müssen Anhänger einer demokratiefeindlichen Ideologie nämlich unmittelbar gewaltsame Handlungen vorbereiten, wie das Beispiel der Hitler-Bewegung zeigt. Zunächst wird ideologisches Gift stets mit den Mitteln der Agitation und Propaganda verbreitet, bevor die Zahl der Anhänger die Voraussetzungen für den gewaltsamen Umsturz schafft.

Der zwischen dem Gewerkschaftsdienst und dem "Leopold-Stocker-Verlag" geschlossene Vergleich schafft eine der Auseinandersetzungen aus der Welt, die durch die damalige Veröffentlichung entstanden war. Es ist als erfreulich anzusehen, daß dem als Pfahl im Fleische aller anti-demokratischen Gruppen wirkenden Dienst "Feinde der Demokratie", der damit eine förderungswerte Aufgabe erfüllt, durch den Abschluß eines Vergleichs keinerlei Einschränkung seiner Tätigkeit auferlegt wird. Andererseits ist das Bestreben des "Leopold-Stocker-Verlages" festzustellen, aus dem Zwielicht einer anti-demokratischen Tätigkeit herauszukommen, in das er durch seine frühere Bürogemeinschaft mit dem "Flesse-Verlag" und durch die Herausgabe und Verbreitung von Literatur mit neofaschistischen Tendenzen geraten mußte.

Leider hat die zunehmende Distanz von der NS-Ära noch immer nicht zu einer Verringerung des Umfangs der Produktion von Memoiren- und Kriegsliteratur geführt. Und bedauerenswert bleibt, daß diese Literatur weitgehend als Mittel zur ideologischen Manifestierung des Neonazismus benutzt wird. Daher wird auch in Zukunft der "Feinde der Demokratie" große Bedeutung für die Sicherung unserer Demokratie zukommen.

Christlich-soziale "Demontage der Wahrheit"

Von Fritz Zschiesche,
Referent für Betriebsfragen beim Vorstand der SPD

In ihrer Vorliebe für Wortgeklingel und hochtrabende Ausdrucksweise haben die CDU-Sozialausschüsse in ihrer Zeitschrift "Soziale Ordnung" ein neues Schlagwort gestartet. Sie unterstellen der SPD in bewußt unchristlicher Weise (Das 8. Gebot: "Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten!") eine "Demontage der Wahrheit".

Nach dem Sprichwort "Getroffene Hunde bellen" bestreiten sie in "Soziale Ordnung" 3/1959; mit der Gründung der "Christlich-sozialen Betriebsaktion 1959" gewerkschaftsspalterische Absichten verbunden zu haben. Sie beteuern, daß sich die "Christlich-soziale Betriebsaktion" nicht gegen die Gewerkschaften richte, wobei sie geflissentlich offen lassen, welche Art von Gewerkschaften sie meinen. Die "Betriebsaktionäre" schwingen sich sogar zu Beschützern der Gewerkschaften auf, indem sie "eine Hilfestellung für die Gewerkschaften in ihrer Auseinandersetzung mit gewerkschaftsfremden, ja geradezu gewerkschaftsfeindlichen Versuchen, in diese Gewerkschaften beherrschend einzuwirken", anbieten.

Es ist kaum zu glauben und man muß es schon mehrmals lesen, um festzustellen, daß man keiner Sinnestäuschung unterliegt, wer laut "Sozialer Ordnung" die Gewerkschaftsspalter tatsächlich sind und gegen wen sich deshalb die Bemühungen der "Christlich-sozialen Betriebsaktion" richten: "Allein gegen die SPD also, die diese Gewerkschaften seit Jahren systematisch in eine Richtungsgewerkschaft umzuwandeln und damit zu spalten versucht".

Für "gegenüber allen eindeutig sozialdemokratischen Gewerkschaftslisten" müsse man sich vorbehalten, "eine eigene Gewerkschaftsliste" (welcher Gewerkschaft?) "bzw. christlich-soziale Liste" einzureichen. Es bleibt unerfindlich, wieso sich ein solcher "ortsfremder Beeinflussungsversuch" seitens der Betriebsaktionspäpste nicht gegen die Gewerkschaften, d.h. die von den Gewerkschaften zur Aufstellung einer betrieblichen Kandidatenliste autorisierten gewerkschaftlichen Vertrauenskörper oder Mitgliederversammlungen, sondern gegen die SPD richtet.

Diese "Logik" wird nur noch übertroffen von der im letzten Satz dieses Reinwaschungsversuchs in jesuitischer Manier vollzogenen Umkehrung der Wahrheit über den Zweck der "Christlich-sozialen Betriebsaktion 1959": "... die Absicht und das Ziel dieser ... Betriebsaktion: Die Verhinderung einer Spaltung der "Gewerkschaften durch die SPD".

Hierzu kann man nur sagen: Niedriger hänger!

Bei der Maria von Bahia

G.P. Wenn es im Preisgebälk wieder einmal knistert, wenn die Milch teurer wird und die Fleischpreise klettern, dann ist mit dem Verbraucher nicht gut Kirschen essen. Er wählt die Häupter seiner Lieben in der Leeren Falten seines wirtschaftswunderkranken Portemonnaies und stellt bestürzt fest: es langt wieder mal nicht hin und nicht her. Weder Lohn noch Rente reichen aus, um wettzumachen, was alles die Lebenshaltung verteuert. Es leppert sich zusammen, und Millionen laufen in einem aussichtslosen Rennen immer eine Nasenlänge hinter der wirtschaftlichen "Entwicklung" her.

Was also tun? Ablenken! Aber wie? Nichts einfacher als das. Man versucht, breite Schichten der Bevölkerung einzulullen. Man nimmt ihnen zwar keineswegs die Sorgen, wohl aber für ein Weilchen die quälenden Gedanken an diese Sorgen ab. Man wiegt sie in Träumen. Man serviert ihnen Illusionen. Man füttert sie mit Schnulzen.

Schlagere sind seit eh und je ein Allheilmittel gegen die wirtschaftliche Misere. Schon damals, als man "Kanonier statt Butter" produzierte, strich man der Masse des Volkes das Schmalz der Heimatlieder aufs immer trockener werdende "Butter"-bröt.

Heute schlägt man die berühmten zwei Fliegen mit einer Klappe. Man lenkt vom Wirtschaftswunderalltag ab und macht obendrein und nebenher noch ein grossartiges Geschäft. Die Umsätze der Schallplattenindustrie sind in den letzten Jahren permanent gestiegen. Fachleute beurteilen die Entwicklung auch für die nächste Zeit sehr optimistisch.

Man zaubert südliche Nächte und rauschende Palmen vor ihr Auge. Man lässt sie das azurblaue Mittelmeer oder die smaragdgrüne Südsee erblicken. Man versetzt sie nach Rio, Hawaii, Bahia oder Capri. Man lässt der roten Mond, die rote Laterne oder die blaue Nacht am Hafen leuchten. Caprifischer, Cowboys, lachende Vagabunden und rauhe Seebären erblicken in Millionenaufgaben das zweifelhafte Licht eines Wirtschaftswunderschlagereiseins. Der Junge an der Reeling, die Matrosen in Singapur bei Nacht oder der Kapitän, der jeden mit auf die Reise nimmt, der ihn singend darum bittet - sie alle führen ein zunteres Leben.

Wie bitte? Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus? Natürlich! Aber wer sich am weissen Strand von Copacabana sonnt - und sei es auch nur in seiner Phantasie - der hat natürlich für so simple Fragen wie Milch- und Fleischpreise kein Interesse. Wie süss träumt sich's bei der Maria von Bahia. Was schert einen da die Ehe des Kindergeides. Bis zum Südpol, da langt unser Geld. Na also! Wer sagt's denn! Die Rente stimmt. Wirtschaftliche Sorgen? Kleine (Capri-)Fische! Die Caprifischer bringen das schnell ins gewünschte Lot ...

+ - +